

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

6/2014
Juni 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Herausforderungen für eine weltweite Freikirche im 21. Jahrhundert	Seite 1
	Neuer Kanzler für Theologische Hochschule Friedensau	Seite 2
	Edgar Voltmer zum Professor in Friedensau ernannt	Seite 2
	Friedensauer Adventisten bei Europawahl mehrheitlich für SPD	Seite 3
	Ein Abiturient der „Marienhöhe“ mit Traumnote 1,0	Seite 3
	Margot Käßmann würdigt historische Friedenskirche der Mennoniten	Seite 4
	Methodisten für eine friedliche Konfliktlösung in der Ukraine	Seite 4
	Tagung zum 250-jährigen Jubiläum des Unitätsarchivs in Herrnhut	Seite 5
	Katholische Bischöfe regeln Anstellung von Andersgläubigen in Sozialeinrichtungen	Seite 6
	Internationaler Kirchentag der Neuapostolischen Kirche in München	Seite 7
99. Deutscher Katholikentag Regensburg	Geschichte der Katholikentage hinsichtlich des Ersten Weltkriegs aufarbeiten	Seite 9
	Für weltweite Achtung der Religionsfreiheit einsetzen	Seite 10
	Arbeitsstelle in kirchlichen Einrichtungen einer anderen Konfession	Seite 11
International	Adventistische Studienkommission zur Frauenordinationsfrage uneins	Seite 13
	Reorganisation im adventistischen Verlagswesen in den USA	Seite 13
	Symposium zum Holocaust in Ungarn	Seite 15
	Adventisten unterstützen WHO-Forderung zur Tabaksteuererhöhung	Seite 16
	Website mit 1,5 Millionen Seiten adventistischer Dokumente	Seite 17
ADRA	ADRA hilft Betroffenen der Überschwemmungen auf dem Balkan	Seite 18
	ADRA Schweiz: 2,2 Millionen Franken für Projekte im Jahr 2013	Seite 19
Fernsehen	„Lust auf lecker“	Seite 20
	Gebetsgeschichten auf „Hope Channel“ TV	Seite 20

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 208 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Herausforderungen für eine weltweite Freikirche im 21. Jahrhundert

Stuttgart, 24.06.2014/APD Über Herausforderungen der weltweiten Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im 21. Jahrhundert sprach der frühere Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), Pastor Dr. Jan Paulsen, in der Adventgemeinde Stuttgart-Mitte. Vordringlich sei die Entscheidung, ob Frauen als Pastorinnen ordiniert werden dürften. Seit 40 Jahren beschäftige diese Frage die unterschiedlichsten Gremien der Freikirche. Die Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode) 1990 in Indianapolis, Indiana/USA, habe als oberstes Entscheidungsgremium die Frage verneint. Als daraufhin die Adventisten in Nordamerika baten, in ihrem Verantwortungsbereich die Ordination von Pastorinnen zu erlauben, sei das während der Weltsynode 1995 in Utrecht ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden. Nun stehe diese Frage erneut auf der Agenda der Generalkonferenz-Vollversammlung 2015, welche vom 2. bis 11. Juli in San Antonio, Texas/USA, stattfinden soll. Auf Befürchtungen, dass ein Beschluss, Frauen zu ordinieren, die Kirche spalten werde, entgegnete Paulsen: „Das mag sein. Aber Frauen nicht zu ordinieren hat mindestens die gleiche Wahrscheinlichkeit, unsere Kirche zu spalten.“ Es gelte daher einen Weg zu finden, den beide Parteien akzeptieren könnten. Alle Argumente seien ausgetauscht und das Problem könne nicht erneut vertagt werden.

Doch es gebe eine Reihe weiterer Herausforderungen für die Freikirche, so Paulsen. Es gelte als weltweite Kirche trotz kultureller Gegensätze und theologische Herausforderungen die Einheit und Identität zu bewahren. Eine weltweite Glaubensgemeinschaft stehe vor der schwierigen Aufgabe, ihre geistlichen Werte in die Lebenspraxis vieler unterschiedlicher Kulturen zu integrieren. Dabei müsse auch der Versuchung widerstanden werden, sich von Menschen, die ganz andere Wertvorstellungen hätten, in die „eigene heile Welt“ zurückzuziehen. „Entweder die Öffentlichkeit akzeptiert uns als Teil der Gesellschaft und sieht, dass wir uns an der Gestaltung des Lebens in der politischen Gemeinde aktiv beteiligen wollen, oder sie hält uns für eine irrelevante Sekte, die sich von allen anderen abgrenzt“, gab Paulsen zu bedenken. „Unsere Welt mag von Gott nichts mehr wissen wollen, aber es ist eine Welt voller Menschen, die wir unter keinen Umständen sich selbst überlassen dürfen.“ Adventisten müssten daher ihre Werte ausleben, Menschen für die Zukunft vorbereiten, etwa durch Bildung, und als Friedensstifter wirken.

Auch im Umgang mit anderen christlichen Kirchen und anderen Weltreligionen stellte Paulsen die Fragen: „Nehmen wir zu ihnen eine aufgeschlossene Haltung ein und setzen uns offen mit ihnen auseinander? Erklären wir ihnen, wer wir sind, was wir glauben und welche Aufgaben wir haben, oder schotten wir uns ab, ziehen uns zurück und bezeichnen jede Kommunikation mit Andersgläubigen als gefährlich?“ Entweder würden Adventisten sich selbst vorstellen „oder andere werden das für uns tun – und uns sehr wahrscheinlich falsch darstellen oder sogar karikieren“. Es sei zwar angenehmer nur mit Gleichgesinnten zu reden, doch Wahrheit brauche eine genaue Überprüfung nicht zu fürchten. Adventistische Gemeindeglieder, Pastoren, Lehrer und Leiter hätten die Aufgabe, darzustellen, wie die eigene Überzeugung und der Respekt vor Andersgläubigen nebeneinander existieren könnten.

Jan Paulsen wurde im Norden Norwegens geboren. Nach seiner Ausbildung arbeitete er als Pastor, Dozent und Rektor an adventistischen Hochschulen in Afrika. Danach lehrte er am Newbold College in England, dessen Rektor er bald wurde. An der Universität Tübingen erwarb er 1972 den Doktorgrad in Theologie. 1980 wurde er Sekretär (Geschäftsführer) und 1983 Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Südosteuropa. 1999 erfolgte die Wahl zum Präsidenten der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), eine Aufgabe, die er bis 2010 im Alter von 75 Jahren innehatte. 2012 wurde Jan Paulsen „für seine verdienst-

volle Tätigkeit zum Wohl der Menschheit“ vom norwegischen König mit einem Orden ausgezeichnet. Er ist mit Kari verheiratet, gemeinsam haben sie eine Tochter und zwei Söhne.

Die in Stuttgart geäußerten Gedanken hatte Jan Paulsen bereits 2012 in seinem Buch „Wohin steuern wir?“ dargelegt, das beim Advent-Verlag, Lüneburg, (www.advent-verlag.de) erhältlich ist. (3.780 Zeichen)

Neuer Kanzler für Theologische Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 24.06.2014/APD Das Kuratorium der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg hat Tobias Koch als neuen Kanzler für die Hochschule gewählt. Der Jurist war bisher als Dozent für Rechtswissenschaften im Fachbereich Christliches Sozialwesen tätig. Zuvor war er Geschäftsführer des Süddeutschen Bauvereins der Freikirche in Ostfildern bei Stuttgart. Der bisherige Kanzler Roland Nickel wird nach mehr als 22 Jahren die Hochschule verlassen. Er nimmt ein Angebot der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland in Weiterstadt bei Darmstadt an und soll dort die Abteilung Controlling aufbauen. Die Übergabe des Kanzleramtes werde im September 2014 erfolgen.

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet, ist staatlich anerkannt und besitzt die Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie. An ihr sind etwa 190 Studentinnen und Studenten eingeschrieben. (897 Zeichen)

Edgar Voltmer zum Professor in Friedensau ernannt

Friedensau bei Magdeburg, 24.06.2014/APD In der Senatssitzung am 18. Juni hat der Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, Professor Dr. Friedbert Ninow, Privatdozent Dr. med. Edgar Voltmer die Ernennungsurkunde zum Professor für Gesundheitswissenschaften überreicht. Die Berufung von Voltmer durch die Hochschule erfolgte im November 2013. Das Wissenschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt hatte die Professur im März 2014 bestätigt. Voltmer hat sich an der Universität Freiburg habilitiert.

Für die Hochschule seien derartige akademische Qualifikationen für die Weiterentwicklung und die Sicherung der Qualität in Lehre und Forschung notwendig, betonte der Rektor. „Wir danken Professor Voltmer für seinen beharrlichen Einsatz, die Habilitation zu erlangen.“

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit den beiden Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie. Sie bietet folgende akademischen Abschlüsse an: Bachelor of Arts Theologie (B.A.), Master of Arts Theologie (M.A.) und Master of Theological Studies (M.T.S.) sowie Bachelor Soziale Arbeit (B.A.), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A.), Master of Arts International Social Sciences (M.A.), Master of Arts in Counseling/Beratung (M.A.), Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A.) und Master of Arts Musiktherapie (M.A.). (1.332 Zeichen)

Hochschule Friedensau verabschiedet langjährigen Gärtner

Friedensau bei Magdeburg, 24.06.2014/APD Die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg verabschiedet Wilfried Dahlke nach 38 Jahren Dienst in den Ruhestand. Der Gärtner hatte seit 1976 in Friedensau im Rahmen der Abteilung Betriebstechnik gearbeitet. In der Umbruchszeit der Wende war er kurzzeitig als ABM-Kraft beschäftigt, wurde dann aber von der Hochschule wieder übernommen.

In Friedensau befinden sich neben der Theologischen Hochschule auch ein Seniorenheim und Wohnungen. Das Gelände besteht aus Parkanlagen, Wald und Wiesen. Bis zur Wende gab es auch eine große Gärtnerei. Weiterhin gibt es in Friedensau einen Friedhof. Hier war Wilfried

Dahlke für die Pflege zahlreicher Gräber, Wege und Flächen hauptverantwortlich tätig. Die Parkanlagen sind ein Aushängeschild für den Campus in Friedensau. Dahlke habe entscheidend daran mitgewirkt, dass diese gepflegt, ansprechend und freundlich wirken, so der Kanzler der Hochschule Roland Nickel. Er dankte dem Gärtner für seinen langjährigen Einsatz.

(966 Zeichen)

Friedensauer Adventisten bei Europawahl mehrheitlich für SPD

Friedensau bei Magdeburg, 24.06.2014/APD Entgegen dem Bundestrend wurde in dem großenteils von Siebenten-Tags-Adventisten bewohnten Ort Friedensau bei Magdeburg die SPD mit 34,9 Prozent der abgegebenen Stimmen Sieger der Europawahl 2014. Die CDU folgte mit 33,3 Prozent. Abweichend vom Bundesdurchschnitt erhielten die drei anderen Parteien erheblich weniger Stimmen: Grüne 8,1 Prozent (10,7 %), Die Linke 3,2 Prozent (7,4 %) und FDP 1,1 Prozent (3,4 %). Beliebter schienen mit insgesamt 19,4 Prozent die Kleinparteien zu sein. Davon wählten die Friedensauer: Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) mit 5,4 Prozent, Partei Bibeltreuer Christen PBC (3,8 %), Freie Wähler (2,7 %), Tierschutzpartei (1,6 %), Bayernpartei BP (1,1 %), Partei für Arbeit, Umwelt und Familie AUF (1,1 %), Christliche Mitte CM (1,1 %), Familien-Partei (1,1 %).

Nicht so beliebt schien in Friedensau die Alternative für Deutschland (AfD) mit nur 1,6 Prozent zu sein. Sie erreichte auf Bundesebene 7 Prozent und erhält sieben Sitze im neuen Europaparlament.

Keine einzige Stimme bekamen in dem von Adventisten bewohnten Ort Die PARTEI, NPD, MLPD, PRO NRW, BüSo (Bürgerrechtsbewegung Solidarität), PSG (Partei für Soziale Gerechtigkeit), DKP, Volksabstimmung, PIRATEN und REP (Die Republikaner).

Wahlberechtigt waren in Friedensau 341 Personen. Die Wahlbeteiligung lag bei der Europawahl mit 58,1 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (48,1 Prozent).

Gleichzeitig fand am 25. Mai auch die Wahl des Stadtrats von Möckern statt. Dabei errang die „Freie Wählergemeinschaft Friedensau 04“ ein Mandat. Künftiger Stadtrat wird Dr. Roland Fischer, Dozent für Praktische Theologie an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau, sein. Er löst Roland Nickel, den Kanzler der Hochschule, ab, der nicht mehr kandidierte.

In Friedensau, Landkreis Jerichower Land, errichteten die Siebenten-Tags-Adventisten 1899 ein Theologisches Seminar, das 1990 als Theologische Hochschule staatlich anerkannt wurde. In den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen sind rund 190 Studenten eingeschrieben, von denen nur ein Teil in Friedensau auch wahlberechtigt ist. 1920 wurde Friedensau eine eigene politische Gemeinde. Nach einer Gebietsreform, die am 1. Januar 2002 in Kraft trat, verlor der Ort die Selbständigkeit und gehört seitdem zur Stadt Möckern. Die bereits 948 urkundlich erwähnte Ansiedelung hat rund 14.000 Einwohner in 50 Ortsteilen. In Friedensau mit rund 450 Bewohnern gibt es neben der Hochschule ein Altenpflegeheim mit 122 Plätzen in Trägerschaft des Advent-Wohlfahrtswerkes, ein Agrartechnik-Freilichtmuseum, den historischen Friedhof sowie einen „Bibelgarten“ mit in der Heiligen Schrift genannten Pflanzen. Das Kinder- und Jugendzentrum Friedensau unterhält einen Pfadfinder-Zeltplatz und den größten Hochseilgarten des Landes Sachsen-Anhalt. Seit 1996 führt der Ort Friedensau ein offiziell genehmigtes Wappen. Es zeigt das Christusmonogramm XP mit den griechischen Buchstaben Alpha und Omega.

(2.670 Zeichen)

Ein Abiturient der „Marienhöhe“ mit Traumnote 1,0

Darmstadt, 24.06.2014/APD Die Abiturprüfungen absolvierten 94 Gymnasiasten und Kollegiaten (2. Bildungsweg) am Schulzentrum „Marienhöhe“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Ad-

ventisten in Darmstadt. Ein Abiturient erhielt die Traumnote 1,0. Einer bestand die Prüfungen nicht. Der Gesamtnoten-Durchschnitt aller Abiturienten lag bei 2,33.

Die adventistische Bildungsstätte besuchten im abgelaufenen Schuljahr 697 Schülerinnen und Schüler. Nur 14 Prozent stammen aus einem adventistischen Elternhaus. Von den 64 Lehrkräften sind 34 Siebenten-Tags-Adventisten. Das 1924 gegründete Schulzentrum hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 folgten die Real- und 2010 die Grundschule.

(649 Zeichen)

Margot Käßmann würdigt historische Friedenskirche der Mennoniten

Krefeld, 24.06.2014/APD Die konsequente Gewaltfreiheit der Mennoniten als „Erbinnen und Erben der Täuferbewegung“ hat die Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für das Reformationsjubiläum 2017, Margot Käßmann, hervorgehoben. Die Theologin sprach auf dem bundesweiten Gemeindetag der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden am 30. Mai in Krefeld.

Vieles schätze sie an Martin Luther, sagte Käßmann in ihrem Vortrag. Doch während die von ihm geprägte Reformation oft intolerant gegenüber aufständischen Bauern und vermeintlichen Ketzern gewesen sei, hätten sich die sogenannten Täufer strikt gegen jede Form von Gewalt ausgesprochen. Viele von ihnen seien für ihre radikale Glaubenshaltung auch von Reformatoren verfolgt worden.

In ihrem Vortrag ging die Theologin selbstkritisch auf die Schattenseiten der Reformation ein. Dazu habe auch Intoleranz Andersgläubigen gegenüber gehört. „Es sollte Jahrhunderte dauern und die Impulse der Aufklärung brauchen, bis deutlich wurde: Ohne Toleranz gibt es kein Zusammenleben in Frieden“, erklärte Käßmann. Den Erfahrungen der Intoleranz während der Reformation sei eine 500-jährige Lerngeschichte der Toleranz gefolgt. Zu ihr gehöre auch das Schuldeingeständnis, das der Lutherische Weltbund im Jahr 2010 während seiner Vollversammlung in Stuttgart gegenüber den Mennoniten als den früher verfolgten „Täufern“ ausgesprochen habe. Die daraufhin erfolgte Versöhnung beider Kirchen sei beispielhaft, betonte Käßmann.

Als Leitbild für die ökumenischen Kontakte nannte sie „versöhnte Verschiedenheit“: „das Eigene lieben und leben, das Verschiedene respektieren und beides so miteinander versöhnen, dass gemeinsames Leben möglich ist, ohne die Differenzen zu vertuschen.“

Die Mennonitischen Gemeinden haben ihre Ursprünge in der Täuferbewegung des 16. Jahrhunderts. Bis heute gelten sie wegen ihrer Verweigerung des Kriegsdienstes und ihrer aktiven Gewaltfreiheit als historische „Friedenskirche“. In Deutschland gehören den Mennoniten rund 40.000 Menschen an, weltweit sind es etwa 1,3 Millionen. Zur Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden zählen in Deutschland 5.350 Mitglieder in 54 Kirchengemeinden. Die Freikirche ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF).

(2.088 Zeichen)

Methodisten für eine friedliche Konfliktlösung in der Ukraine

Offener Brief von Bischöfin Rosemarie Wenner an die Bundesregierung

Frankfurt am Main, 24.06.2014/APD In einem Offenen Brief an die Bundesregierung zum Konflikt in der Ukraine unterstützt das Kirchenparlament der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Süddeutschland die politischen Bemühungen der Bundesregierung für eine friedensbildende Konfliktlösung in der Ukraine.

„Wir erwarten, dass die Regierung sich nicht von der Logik militärischen Denkens vereinnahmen lässt und sich für eine wirksame Deeskalation einsetzt“, schreibt Rosemarie Wenner,

die Bischöfin der EmK in Deutschland, aufgrund des Beschlusses der Ende Mai in Stuttgart tagenden Süddeutschen Jährlichen Konferenz (SJK, Kirchenparlament) der Kirche in einem Offenen Brief an die Bundesregierung. In dem Schreiben würden die bisherigen „Schritte von Mitgliedern der Bundesregierung, die auf eine Verhandlungslösung setzen“, anerkennend registriert. Gleichzeitig werde die Überzeugung geäußert, „dass nur deeskalierende Maßnahmen eine friedliche Lösung befördern“. Deshalb forderten die Mitglieder der SJK die Bundesregierung auf, „mit ihren diplomatischen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass alle Kampfhandlungen eingestellt, die besetzten öffentlichen Gebäude wieder geräumt und alle Konfliktparteien in die Verhandlungen einbezogen werden sowie alle Akteure sich aktiv und kooperativ an einem Gesprächsprozess über die künftige Ordnung und Struktur der Ukraine unter der Führung der OSZE beteiligen.“

Die Mitglieder der SJK sicherten im Schreiben an die Bundesregierung zu, „dass wir in unserer Kirche eine solche deeskalierende und friedensbildende Politik durch unser Gebet und durch unser Eintreten für Gewaltfreiheit und Versöhnung mittragen werden“.

Als weltweit verfasste Kirche bekenne die Evangelisch-methodistische Kirche in ihren „Sozialen Grundsätzen“, „dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist“. Deshalb werde „Krieg als Mittel nationaler Außenpolitik“ verworfen und „auf die friedliche Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationen“ gedrängt. In der Ukraine-Krise bewähre sich die internationale Struktur der EmK auch dadurch, dass der für Eurasien zuständige Bischof Eduard Khegay (Moskau) in der Krisenregion aktiv sei. Khegay versuche, zwischen den Kirchen in der Ukraine und in Russland zu vermitteln, damit Christen trotz unterschiedlicher politischer Positionen zur Versöhnung und zu einer friedlichen Konfliktlösung beitragen könnten. (2.205 Zeichen)

Tagung zum 250-jährigen Jubiläum des Unitätsarchivs in Herrnhut

Herrnhut, Landkreis Görlitz, 24.06.2014/APD Anlässlich der Gründung des Archivs der Brüder-Unität (Unitätsarchiv) vor 250 Jahren findet vom 26. bis 29. Juni in Herrnhut (Oberlausitz) eine international besetzte Tagung unter dem Titel „... so müssen wir denn ein Archiv der Wahrheit haben“ statt. 25 Referenten aus zehn Nationen wollen anhand von Quellen aus dem Unitätsarchiv Einblick in ihre neuesten Forschungen und Projekte geben.

Die Einrichtung eines Archivs war nach dem Tod des Gründers der Herrnhuter Brüdergemeine, Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700-1760), auf einer Generalsynode in der Wetterau (Hessen) 1764 beschlossen worden. Zwei Kommissionen wurden mit dem Aufbau beauftragt.

Im Unitätsarchiv werden seither Aufzeichnungen, Bücher und Sammlungen einer der ältesten freikirchlichen Gruppen in Deutschland aufbewahrt. Sie sind Ausdruck der konzeptionell neuen und alle Lebensbereiche umfassenden Gesellschaftsordnung, die von Herrnhut aus bis nach Übersee vermittelt wurde. Dabei entstanden insbesondere auch spezifisch herrnhutische Quellen. Die Verfasser, Sammler und Betroffenen waren und sind unterschiedlichster sozialer und territorialer Herkunft, was zu einem differenzierten und vielschichtigen Gesamtbild beiträgt.

Ein ebenfalls zum Jubiläum erschienenenes, bebildertes Buch „Das Unitätsarchiv“ präsentiert die Geschichte von Archiv, Bibliothek und Beständen (160 Seiten; ISBN: 978-3-9814838-5-7).

Seit der Begründung des Unitätsarchivs wachse ein Bestand, der nicht nur hinsichtlich seines Inhalts, sondern auch den äußeren Formen nach einzigartig sei, so Pressereferent Erdmann Carstens. Er wäre für Wissenschaftler beinahe aller Fachdisziplinen von Interesse.

Die Europäisch-Festländische Provinz der Brüder-Unität umfasst 30 Gemeinden und Sozietäten in Deutschland, Dänemark, Estland, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz mit

insgesamt 24.000 Mitgliedern. Die weltweite Brüder-Unität besteht aus 19 selbstständigen Kirchen (sogenannten Provinzen) mit 800.000 Mitgliedern, davon 80 Prozent in Afrika, Mittel- und Südamerika sowie der Karibik.

Informationen zur Tagung sind im Internet unter www.archiv.ebu.de/termine/veranstaltungen/ zu finden. (1.962 Zeichen)

Katholische Bischöfe regeln Anstellung von Andersgläubigen in Sozialeinrichtungen

Bonn, 24.06.2014/APD Die kirchlichen Dienste und Einrichtungen stünden jedem Menschen in Not offen, unabhängig von seinem ethnischen, nationalen, religiösen oder sozialen Hintergrund, betonten die römisch-katholischen Bischöfe in Deutschland in ihrer Erklärung „Das katholische Profil caritativer Dienste und Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“. Die Geistlichen reagierten mit ihrem Wort auf die Herausforderung, dass die sozial-caritative Arbeit der Kirche in einer kulturell und religiös immer vielfältiger werdenden Gesellschaft erfolge. Damit seien gestiegene Anforderungen an die interkulturelle Kompetenz caritativer Dienste und Einrichtungen verbunden. In den vergangenen Jahren hätten diese deshalb vermehrt nichtkatholische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt.

Im Vorwort erläuterte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, die in den Diözesen und Regionen Deutschlands unterschiedliche Praxis bei der Einstellung nichtkatholischer Mitarbeitender. Während es in den östlichen Bundesländern dabei in der Regel um ungetaufte Mitarbeitende gehe, stehe in den westlichen Bundesländern die Einstellung andersgläubiger Mitarbeitender im Mittelpunkt. Es gebe allerdings Unsicherheit hinsichtlich der Frage, ob es möglich und sinnvoll sein könne, Mitarbeitende einzustellen, die nicht der römisch-katholischen Kirche angehörten.

Ordnungsrahmen soll Unsicherheit beseitigen

Die Bischöfe würden die Unsicherheit nun mit einem überdiözesanen Ordnungsrahmen begegnen, an dem sich katholische Verbände und Einrichtungen orientieren könnten. Dabei werde der Wert der sozial-caritativen Arbeit als „unverzichtbarer Ausdruck“ des Wesens der Kirche betont. Deshalb arbeiteten in kirchlichen Einrichtungen in der Regel Menschen, die für den Glauben der Kirche ein persönliches Zeugnis ablegten. Im Ordnungsrahmen werde zugleich festgestellt, dass auch Mitarbeitende mit Migrationshintergrund ein Gewinn für eine katholische Einrichtung sein könnten, selbst wenn diese keiner christlichen Konfession angehörten. Für die Beschäftigung von Mitarbeitenden, die nicht der Kirche angehörten, sei jedoch in jedem Fall ein klares katholisches Profil der Einrichtung unabdingbar. Andersgläubige Mitarbeitende könnten nur angestellt werden, wenn sie den kirchlichen Charakter einer Einrichtung anerkennen und ihn respektieren würden. Der Ordnungsrahmen könne auf diözesaner Ebene konkretisiert werden, um angemessen auf die Situation der einzelnen Diözesen zu reagieren.

Leitungsfunktionen in der Regel nur für Katholiken

Im Ordnungsrahmen werde festgelegt, dass Leitungsfunktionen und erzieherische Aufgaben in der Regel nur von römisch-katholischen Mitarbeitenden wahrgenommen werden dürften, „die ein persönliches Lebenszeugnis im Sinne der katholischen Glaubens- und Sittenlehre ablegen“. Um eventuelle Fehleinschätzungen und Missverständnisse bei andersgläubigen oder nichtchristlichen Mitarbeitenden von vornherein auszuschließen, sollten die damit verbundenen eingeschränkten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten beim Aufstieg in Positionen mit Leitungsverantwortung deutlich gemacht werden. Bewerber, die einer anderen Religion angehörten, sollten auch darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass sie bei Anstellung in der kirchlichen Einrichtung bestimmte Einschränkungen in ihrem Recht auf religiöse Betätigung am Arbeitsplatz hinzunehmen hätten. Zudem dürften andersgläubige oder nichtchristliche Mitarbeitende „auf keinen Fall für ihren eigenen Glauben werben“.

Wo Andersgläubige angestellt werden können und wo nicht

Die Beschäftigung von Christen anderer Konfessionen oder nichtchristlichen Mitarbeitenden in einer Einrichtung der Elementarerziehung oder Bildung, etwa in erzieherischer Funktion in Kindertagesstätten, „ist nur im Einzelfall sinnvoll“. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit Migrationsdiensten könnte dagegen die Beschäftigung von nichtkatholischen Mitarbeitenden als „Brückenfunktion“ zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen hilfreich sein. Die Beschäftigung von Christen anderer Konfessionen und Nichtchristen in ambulanten und stationären Pflegediensten, Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeheimen könne sinnvoll sein, um die Präsenz dieser katholischen Einrichtungen zu gewährleisten. Leitende, nichtkatholische Mitarbeit sollte in diesen Bereichen jedoch nur „im Einvernehmen mit der Bistumsleitung“ geschehen.

Beschäftigung von andersgläubigen und nichtchristlichen Mitarbeitenden in Diensten und Einrichtungen der Schwangerschaftsberatung sowie der Ehe-, Familien- und Lebensberatung sei in der Regel nicht möglich, da diese in erheblichem Maße von Fragen nach dem Sinn des Lebens, von Leid, Schuld, Not und Sterblichkeit nach katholischem Verständnis geprägt seien. Das sei jedoch anders bei Schuldner-, Sucht-, Migrations- oder allgemeine Sozialberatung, die stärker von lebenspraktischen oder sozialrechtlichen Fragen geprägt wären.

Das Wort der Bischöfe „Das katholische Profil caritativer Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“ aus der Reihe „Die deutschen Bischöfe“, Nr. 98, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, kann unter www.dbk.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ als pdf-Datei heruntergeladen und gedruckt bestellt werden. (4.697 Zeichen)

Internationaler Kirchentag der Neuapostolischen Kirche in München

München, 24.06.2014/APD Unter dem Motto „Siehe, das Reich Gottes ist mitten unter euch“ fand vom 6. bis 8. Juni im Olympiapark München der erste internationale Kirchentag in der 150-jährigen Geschichte der Neuapostolischen Kirche (NAK) statt. Im Abschlussgottesdienst am Pfingstsonntag im Olympiastadion der bayerischen Landeshauptstadt rief das Kirchenoberhaupt, Stammapostel Jean-Luc Schneider (Zürich), die anwesenden 50.000 Gläubigen auf, noch stärker in der Liebe zu Gott und zum Nächsten zu wirken. Unter Berufung auf das Wort Jesu „Geben ist seliger als nehmen“ (Apostelgeschichte 20,35) betonte er, die Liebe sei unerlässlich, um sich auf die Wiederkunft Jesu, das Glaubensziel der neuapostolischen Christen vorzubereiten. Wo die Liebe Gottes tätig werde, sei man getrieben, zu geben, ohne die Erwartung einer Rückerstattung. „Konsumverhalten hat in der Kirche keinen Platz.“ Es sei falsch, bei jedem Ereignis auf das Ergebnis zu schauen und zu erwarten, dass etwas zurückkomme.

Nach der Wortverkündigung des Stammapostels folgte die Feier des Abendmahls, an dem auch getaufte Christen anderer Konfessionen teilnehmen durften. Nach neuapostolischem Verständnis handelt es sich beim Heiligen Abendmahl um ein Bekenntnis zum gestorbenen, auferstandenen und wiederkommenden Gottessohn Jesus Christus. Der Gottesdienst wurde per Satellit in über 100 Länder übertragen und simultan in mehr als 20 Sprachen übersetzt.

Fragen an das Kirchenoberhaupt

Am Tag zuvor beantwortete Stammapostel Schneider in einem Podiumsgespräch vor etwa 12.500 Zuhörern in der Olympiahalle aktuelle Fragen. Zum Thema, ob ein Christ Soldat sein dürfe, antwortete das Kirchenoberhaupt, es gebe Situationen, da sei es sogar Pflicht, das Leben zu schützen. Auch wenn Töten Sünde bleibe, gebe es unterschiedliche Grade der Schuld. Das hänge von den jeweiligen Beweggründen ab, die nur Gott allein beurteilen könne. Zur Frage, ob die Kirche nicht gesellschaftlich stärker Position beziehen müsse, meinte Schneider: „Nicht zu jedem Thema haben wir die Kompetenz, etwas Gescheites zu sagen.“ Außerdem sollten die Gläubigen bestimmte Dinge für sich selbst entscheiden. Nach der

Bewertung von Homosexualität gefragt, verwies der Stammapostel auf das Gebot, den Nächsten zu lieben, und zwar, „so wie er ist“. Alle neuapostolischen Christen sollten sich in ihrer Kirche wohlfühlen können. Die Frage nach der Ordination von Frauen bezeichnete Schneider als zu früh gestellt. Zunächst müsse das Amtsverständnis klar definiert werden. Erst wenn darüber Einigung erzielt worden sei, könne man darüber reden, wer ein Amt ausüben dürfe. Dabei ginge es nicht nur um theologische Fragen, sondern auch um gesellschaftliche: „Was akzeptiert die Ortsgemeinde? Was geht regional?“

Über 250 Veranstaltungen

Auf dem Gelände des Olympiaparks informierten die neuapostolischen Gebietskirchen aus Europa, Australien, Südafrika, Nord- und Lateinamerika sowie Südostasien über ihre Arbeit. Hilfswerke, wie „NAK-karitativ“ und „NAK-Humanitas“, stellten Sozialprojekte vor. Es gab den Treffpunkt Kinderprojekte und den Ausstellungstand über Möglichkeiten mit Psychologie und Musiktherapie in familiären Konfliktsituationen. Bei der Ausstellung in der „Event-Arena“ ging es um den Jenseitsglauben der fünf Weltreligionen. Es fehlte auch die Single-Kontaktbörse „Don't Walk Alone – Meet Friends“ und die private Interessengemeinschaft homo-, bi- und transsexueller Christen „Regenbogen-NAK“ nicht. Im Freigelände war auch ein Nachbau der „Stiftshütte“, das alttestamentliche Heiligtum des Volkes Israel, zu finden. Im Ausstellungszelt vor der „Werner-von Linde-Halle“ ging es um den Schutz ungeborenen Lebens, künstliche Befruchtung und Schwangerschaftsabbruch, Prävention vor sexuellen Übergriffen sowie Trauerbegleitung. Für die Motorradfahrer der NAK gab es einen Bikerpoint.

Das Programm bot über 250 verschiedene Veranstaltungen. Bei Vorträgen ging es unter anderem um Welt- und Gottesbild im Wandel, Biotechnologie oder Leben im Regenwald Kameruns. Workshops befassten sich mit „Sexuelle Übergriffe an Kindern und Jugendlichen – auch bei uns?“, „Ungewollt schwanger – was nun?“, „Konflikte auf Augenhöhe durch Mediation lösen“ und Verantwortung für die Schöpfung. Podiumsgespräche gab es beispielsweise zu den Themen „Psychotherapie und Glaube, ein Spannungsfeld?“, „Trauerbegleitung im Rahmen unserer Kirche“ oder „Leben mit Behinderung – na und?“. Das reichhaltige Musikprogramm umfasste Chor-, Orchester- und Orgelkonzerte, Big-Band-Musik, Gospelgesang sowie die indonesische Angklung-Gruppe mit Bambusstäben, Klangschaalen und Glocken.

Neuer Katechismus und andere Konfessionen

Zu Beginn des Kirchentages überbrachte die Geschäftsführerin der Ökumenischen Centrale, Dr. Elisabeth Dieckmann (Frankfurt am Main), in ihrem Grußwort „die guten Wünsche“ der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland. Bei einem Podiumsgespräch mit Vertretern anderer Konfessionen ging es am Samstag in der Olympiahalle um das Thema „Ein Jahr NAK-Katechismus – wie hat sich sein Erscheinen auf die ökumenischen Gespräche ausgewirkt?“ Dabei betonte Apostel Volker Kühnle von der Arbeitsgruppe „Kontakte zu Konfessionen und Religionen“ der NAK, dass Ziel des Katechismus nicht sei, die Ausgangslage für eine Annäherung an die anderen Kirchen zu verbessern. Vielmehr gehe es darum, die Grundlagen des neuapostolischen Glaubens zu dokumentieren, bündeln und festigen. „Wer glaubt, durch ökumenische Gespräche würde unsere Kirche ihre Identität verlieren, der hat den Katechismus nicht gelesen.“

Der emeritierte Professor Dr. Helmut Obst (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) räumte ein, dass er heute nicht mehr die Neuapostolische Kirche als „exklusive Endzeitkirche“ bezeichnen würde. Sein Wunsch sei, dass die NAK auch die anderen Christen als „Gotteskinder“ ansehe, denn sonst könne man nicht gemeinsam das „Vaterunser“ beten. Der 2012 herausgegebene Katechismus habe anderen Konfessionen neue Impulse bei der Beschäftigung mit der NAK gegeben, erläuterte Dr. Reinhard Hempelmann, Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin. Teilweise könne das Lehrwerk auch anderen Kirchen Impulse für deren Glaubensauffassung vermitteln, etwa im Blick auf die neuapostolische Eschatologie,

der Lehre von den Letzten Dingen, ergänzte Pfarrerin Dr. Maria Stettner, München, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern. Es herrsche noch eine gewisse Zurückhaltung, waren sich die evangelischen und der römisch-katholische Vertreter einig. Man warte ab, wie sehr die theologischen Gedanken des Katechismus auch in den Ortsgemeinden gelebt würden, erläuterte Dr. Burkhard Neumann, Direktor des katholischen Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik, Paderborn. Es brauche Zeit, um sich von lange gültigen Bewertungen zu lösen.

Die Neuapostolische Kirche wurde am 9. April 2014 als Gastmitglied in die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (AGCK) der Schweiz aufgenommen. In Österreich hat sie seit 2012 einen Gaststatus im Ökumenischen Jugendrat. Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) gab im April 2014 eine Orientierungshilfe für örtliche Kirchengemeinden über die NAK heraus. Sie geht auf einen Text zurück, den die ACK Baden-Württemberg bereits 2008 veröffentlichte. Obwohl es schon seit einiger Zeit Gespräche zwischen Vertretern der NAK und der ACK gibt, kam es bisher in Deutschland noch nicht zu einer Gastmitgliedschaft in der ACK auf Bundesebene oder in ACKs auf Bundesländerebene. Anders sieht es dagegen auf Ortsebene aus. Seit 2014 ist die NAK Vollmitglied in der ACK Hannover. Seit wenigen Jahren gibt es auch Gastmitgliedschaften in den ACKs Memmingen (2006), Aschaffenburg (2007), Hameln (2008), Göttingen (2009), Halle/Saale (2009), Ludwigsburg (2010), Leonberg (2012), Bruchsal (2012), Mönchengladbach (2014), Pforzheim-Brötzingen (2014) und Leinfelden-Echterdingen (2014). Einen Beobachterstatus gibt es in Marburg (2008), Freiberg/Sachsen (2009), Friedberg/Wetterau (2009) und Nagold (2011).

Eine weltweite Glaubensgemeinschaft

Zur Neuapostolischen Kirche gehören weltweit rund zehn Millionen Mitglieder in mehr als 61.300 Gemeinden. Davon leben 7,9 Millionen Gläubige in Afrika, 1,1 Millionen in Asien, 458.000 in Europa, 361.000 in Nord- und Lateinamerika sowie 115.000 in Australien/Ozeanien. In Deutschland gibt es 350.000 neuapostolische Christen in 18.679 Kirchengemeinden, in der Schweiz sind es 33.800 (168 Gemeinden) und in Österreich rund 5.000 (52 Gemeinden). In Österreich ist die NAK eine gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaft und in Deutschland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. In der Schweiz hat die NAK, wie fast alle anderen Konfessionen und Religionen, keinen besonderen rechtlichen Status. (7.671 Zeichen)

99. Deutscher Katholikentag

vom 28. Mai bis 1. Juni 2014 in Regensburg

Geschichte der Katholikentage hinsichtlich des Ersten Weltkriegs aufarbeiten **Bischof Algermissen: „Krieg beginnt in den Herzen der Menschen“**

Regensburg, 24.06.2014/APD Der Präsident der römisch-katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“, Bischof Heinz Josef Algermissen, spricht sich für eine Aufarbeitung der Geschichte der Katholikentage mit Blick auf den Ersten Weltkrieg aus.

Die katholischen Verbände und die Katholikentage zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätten es nicht geschafft, deutlich Stellung gegen das Blutvergießen zu beziehen, beklagte der Fuldaer Bischof beim 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg. Die deutschen Katholiken hätten bis auf Einzelpersonen keinerlei Initiativen zum Erhalt des Friedens auf den Weg gebracht. Stattdessen hätten sie ihre nationale Zuverlässigkeit hervorgehoben und beweisen wollen, dass sie gute Staatsbürger seien. Algermissen führte dies auf den Kulturkampf zurück, bei

dem Otto von Bismarck und die vorherrschenden liberalen Parteien den Katholiken seit Mitte der 1870er Jahre nationale Unzuverlässigkeit vorwarfen.

Auch der Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf stellte einen Zusammenhang zum Kulturkampf her. Dabei sei den Katholiken vorgehalten worden, sie wären keine richtigen Deutschen, sondern „eher Mitglieder der katholischen Internationale, deren Chef in Rom sitzt“. Die deutschen Katholiken hätten sich für das Bekenntnis zur deutschen Nation entschieden, während Papst Benedikt XV. (1854-1922) sich entschlossen für den Frieden eingesetzt habe, betonte Wolf.

Algermissen äußerte im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen in Europa die Sorge, dass der Einsatz für den Frieden in den Herzen der Menschen nicht fest genug verankert sein könnte. Die Europäische Union wäre ein Friedensprojekt, das nicht von rechten Gruppierungen unterlaufen werden dürfe, so der Bischof. Krieg beginne immer in den Herzen der Menschen, nicht erst auf dem Schlachtfeld. (1.668 Zeichen)

Für weltweite Achtung der Religionsfreiheit einsetzen

Erzbischof Schick: „Das Christentum ist die am stärksten verfolgte Religion“

Regensburg, 24.06.2014/APD Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat Christen dazu aufgerufen, sich für die weltweite Achtung der Religionsfreiheit einzusetzen. „Zum Evangelisierungsauftrag gehört die Verkündigung des Menschenrechts Religionsfreiheit“, sagte Schick bei einer Podiumsdiskussion zur Lage religiöser Minderheiten und dem interreligiösen Dialog beim Katholikentag in Regensburg. Das Christentum sei die am stärksten verfolgte Religion.

Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, wies darauf hin, dass Christenverfolgung nicht nur von Regierungen und Machthabern ausgehe, sondern oft auch durch die Angehörigen dominierender Religionen der jeweiligen Länder. Mangel an Bildung und Vorurteile seien ein wichtiger Grund für Diskriminierung. Die deutsche katholische Kirche unterstütze die Arbeit interreligiös orientierter Gruppen vor Ort und setze sich exemplarisch, aber niemals exklusiv nur für Christen ein.

„Die Religionsfreiheit ist ein unverzichtbares Menschenrecht“, stellte der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, Heiner Bielefeldt, klar. Länder wie Pakistan oder Ägypten seien komplex, weshalb der Professor vor Etikettierungen wie „Länder des Christenhasses“ warnte. „Die Aufmerksamkeit für die Situation von Christen hat im Zuge des arabischen Frühlings zugenommen.“ Bielefeldt sprach sich für eine differenzierte Sichtweise der Diskriminierung von Minderheiten aus, die von gesellschaftlichem Mobbing bis zu Verfolgung reiche: „Es gibt die systematische, vom Staat organisierte Attacke auf Christen, doch die meisten Phänomene, die ich erlebe, haben eher etwas zu tun mit administrativer Schikane“, erklärte Bielefeldt.

Auch ständige Finanzprüfungen oder familienrechtliche Einschränkungen sorgten für ein Klima der Einschüchterung. In Deutschland drohe hingegen die Gefahr, dass der Respekt vor Religion in einer pluralistischen, freiheitlichen Gesellschaft verloren gehe. Das habe sich an dem aus Bielefeldts Sicht „unerträglichen, verächtlichen Grundton“ der Beschneidungsdebatte gezeigt. Eine Gesellschaft brauche Respekt vor den identitätsstiftenden Grundüberzeugungen von Menschen.

Der Präsident des Hilfswerks „missio“ in Aachen, Klaus Krämer, hob hervor, die Lage für bedrängte Christen sei schwierig. Es wären „wichtige Bewährungszeiten für die Kirche“. „Wir Christen müssen unsere Stimme auch dort erheben, wo die Rechte anderer Religionen verletzt werden“, forderte Krämer. Zudem müssten die Christen in Krisenregionen gestärkt werden, ohne sie in die Situation zu bringen, von ihren Gesellschaften als „Agenten des Westens“

wahrgenommen zu werden. „Da dürfen wir durch unsere Solidarität und Eifer nichts kaputt machen“, warnte Krämer.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Michael Brand (CDU), warnte davor, zu schnell bei Konflikten einzugreifen oder in diesem Fall sofort Entwicklungshilfe zu streichen. Jedoch müsse Deutschland bereit zu einer Intervention sein, wenn es zu Völkermorden komme. Der Einsatz für Menschenrechte erfolge im Bundestag meist still und diplomatisch, doch manchmal helfe nur das Herstellen von Öffentlichkeit weiter. „Menschenrechtsarbeit ist sehr konkret und darf sich nicht nur auf Sonntagsreden begrenzen“, so Brand. Deutschland müsse intensiv den Dialog mit gemäßigten Vertretern des Islam suchen.

(3.100 Zeichen)

Arbeitsstelle in kirchlichen Einrichtungen einer anderen Konfession

Möglichkeiten und Grenzen der „ACK-Klausel“

Regensburg, 24.06.2014/APD Mit den arbeitsrechtlichen Öffnungen und Begrenzungen durch die sogenannte „ACK-Klausel“ befasste sich eine „Werkstatt“ beim Regensburger Katholikentag, in der die Zuhörer mit den Referenten ins Gespräch kommen konnten.

Was bedeutet ACK-Klausel?

Die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern, Pfarrerin Dr. Maria Stettner (München), erläuterte, dass die ACK ihren Mitgliedskirchen empfohlen habe, „die Anstellung von Angehörigen anderer ACK-Mitgliedskirchen in ihren kirchlichen Einrichtungen zuzulassen, wo immer dies möglich ist“. Viele kirchliche Anstellungsträger im Bereich der Mitgliedskirchen der ACK einschließlich Diakonie und Caritas legten deshalb in Anstellungsfragen beim Einstellungskriterium der Kirchenzugehörigkeit die sogenannte ACK-Klausel zu Grunde. Das heißt, bei diesen kirchlichen Anstellungsträgern könne in bestimmten Positionen angestellt werden, wer der eigenen Kirche oder, meist als Ausnahmeregelung oder Ermessensentscheidung verstanden, einer Kirche angehöre, die der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen angeschlossen sei. Anwendung fände die ACK-Klausel auch im Mitarbeitervertretungsrecht. Das bedeute, in Mitarbeitervertretungen kirchlicher Anstellungsträger sei nur wählbar, wer Mitglied einer Kirche der ACK sei. Dabei wäre allerdings zu beachten, dass die Entscheidung über eine Anstellung allein der Anstellungsträger fälle, nicht die ACK. Sie gebe nur Empfehlungen an ihre Mitgliedskirchen und Auskunft über sie.

Gesprächspartner waren Heinrich Götz, Rektor der Evangelischen Diakonissenanstalt in Augsburg, und Prälat Dr. Lorenz Wolf, Leiter des Katholischen Büros Bayern. In dieser Funktion vertritt Wolf die Freisinger Bischofskonferenz sowie die sieben bayerischen Diözesen beim Bayerischen Landtag und bei der Bayerischen Staatsregierung. Zur 1855 gegründeten Diakonissenanstalt gehören laut Götz zurzeit 70 Diakonissen. Die aktuellen Arbeitsbereiche umfassen die „stadtklinik“, ein Belegkrankenhaus, das neue Ärztehaus sowie das Senioren- und Pflegeheim „Pauline-Fischer-Haus“. Dazu gehören die Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe und für Krankenpflege ebenso wie das Schwesternerholungsheim in Alterschrofen. Die Fachakademie für Sozialpädagogik bildet Erzieher und Erzieherinnen aus. Außerdem gibt es ein Tagungszentrum mit Hotel und Restaurant. Insgesamt seien in der „diako“ 500 Mitarbeitende beschäftigt.

Beide Referenten betonten, dass früher keine ACK-Klausel notwendig gewesen sei. Damals wäre es selbstverständliche gewesen, dass Evangelische nur in evangelischen, und Katholiken nur in katholischen Einrichtungen gearbeitet hätten. Doch durch Veränderungen in der Gesellschaft sei es inzwischen schwierig geworden, geeignetes Personal nur noch unter den Mitgliedern der eigenen Kirche zu finden.

Kirchen mit eigenem Arbeitsrecht

Bei der ACK-Klausel sollte bedacht werden, dass Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts ein eigenständiges Arbeitsvertragsrecht, den sogenannten „Dritten Weg“, erlassen könnten. Das habe seine Grundlage im Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht gemäß Artikel 137 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung, der nach Artikel 140 Grundgesetz vollwirksames Verfassungsrecht ist, betonte Prälat Wolf. Für eine Mitarbeit in kirchlichen Einrichtungen werde von den Beschäftigten eine Übereinstimmung mit den kirchlichen Glaubens- und Moralvorstellungen erwartet. Ein Verstoß gegen diese Loyalitätspflichten ziehe arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung nach sich. Allerdings unterliege dieses eigene Arbeitsrecht der staatlichen Überprüfung, sodass beispielsweise Arbeitsgerichte angerufen werden könnten.

Gestufte Loyalitätspflicht

Auch wenn in den Grundordnungen der römisch-katholischen Kirche für ihre Einrichtungen nicht immer eine „ACK-Klausel“ enthalten sei, werde dennoch berücksichtigt, ob ein Bewerber einer ACK-Kirche angehöre. Es gebe bei Anstellungen eine gestufte Loyalitätspflicht. Wer eine Lehrberechtigung benötige (Missio canonica), etwa als Pfarrer oder Hochschullehrer, der müsse römisch-katholisch sein, ebenso in der Regel bei Leitungspositionen in kirchlichen Einrichtungen. Je weniger eine Arbeitsstelle etwas mit Lehr- oder Leitungsfragen zu tun habe, umso eher könnten auch Nichtkatholiken, aber auch Nichtchristen, etwa Muslime, angestellt werden, informierte Wolf. Dennoch sei es auch hier unabdingbar, dass sich die Mitarbeitenden mit dem Leitbild der Einrichtung, für die sie arbeiten, identifizieren sollten. Ein bloßer Übertritt von einer Kirche in eine andere, um dort eine Arbeitsstelle zu erhalten, lehnten beide Referenten entschieden ab. Dass solche Praktiken auch heute noch vorkämen, schilderten Zuhörer an verschiedenen Beispielen.

Mit der kirchlichen Einrichtung identifizieren

Rektor Götz ergänzte, dass in kirchlichen Einrichtungen neben beruflichen auch menschliche Qualifikationen notwendig seien. „Menschen, die sich uns in der ‚diako‘ anvertrauen und die uns anvertraut werden, sollen sich geborgen fühlen in der Gewissheit, sorgfältig betreut und begleitet zu sein. Für uns stehen die Bedürfnisse, Erwartungen, Ängste und Hoffnungen der Menschen im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Arbeit.“ Deshalb laute das Leitbild: „Wir begegnen allen Menschen freundlich, offen, aufgeschlossen, hilfsbereit und respektvoll. Wir unterstützen sie, fördern ihre Fähigkeiten, achten ihre Würde, beraten und begleiten sie und ihre Angehörigen. Menschen zu pflegen, sie auszubilden und sie zu begleiten sehen wir als Aufgabe und Motivation für unsere Arbeit.“ Hiermit müssten sich die Mitarbeitenden identifizieren können. Deshalb würden sie durch Seminare darauf vorbereitet, was es bedeute, in einer diakonischen Einrichtung zu arbeiten. „Denn wo Diakonie draufsteht, muss auch Diakonie drin sein“, betonte Rektor Götz.

Laut Wolf habe jede kirchliche Einrichtung durch ihre Ausrichtung ihren besonderen „Stallgeruch“, der durch entsprechende Leitung gewährleistet sein müsse. Das würden nicht nur die Gläubigen der eigenen Kirche erwarten, sondern auch die dort arbeitenden Ordensschwestern oder Diakonissen und sogar die Öffentlichkeit.

ACK-Klausel wird unterschiedlich gehandhabt

Pfarrerin Stettner teilte mit, dass die ACK-Klausel von den einzelnen evangelischen Landeskirchen unterschiedlich gehandhabt werde. Unter ACK-Mitgliedschaft werde in den meisten kirchlichen Ordnungen nicht nur die Vollmitgliedschaft verstanden. Manche kirchlichen Rechtstexte nähmen explizit auf die verschiedenen Varianten der ACK-Mitarbeit Bezug. Beratende Mitwirkung, Gast-Mitgliedschaft oder Gast-Status seien durch Formulierungen, wie „der ACK angeschlossen“, „angehörend“ oder „in der ACK mitarbeitend“, abgedeckt. Die ACK habe ein Interesse an einer weiten Auslegung der Klausel.

Zugrunde zu legen sei die Liste der ACK-Kirchen auf Bundesebene, bei manchen Landeskirchen auch nur die Liste der ACK-Kirchen auf regionaler, also auf Bundesländerebene. Eine Mitgliedschaft nur auf Ortsebene in einer örtlichen Stadt-ACK könne allenfalls für Anstellungsfragen an diesem Ort von Bedeutung sein. Laut Stettner sei für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern die Vollmitgliedschaft in der ACK Bayern entscheidend. Bewerben sich jemand um eine Stelle, dessen Kirche lediglich ACK-Gastmitglied ist, liege die Anstellung im Ermessen des Trägers der Einrichtung. Das gelte auch, wenn zwar eine Vollmitgliedschaft vorliege, jedoch lediglich auf Ortsebene. (6.619 Zeichen)

International

Adventistische Studienkommission zur Frauenordinationsfrage uneins

Silver Spring, Maryland/USA, 24.06.2014/APD Vom 2. bis 4. Juni traf sich die 106-köpfige Studienkommission zur Theologie der Ordination (Theology of Ordination Study Committee – TOSC) der adventistischen Weltkirche im Maritime Institute of Technology and Graduate Studies in Linthicum, Maryland/USA, zu ihrer vierten und letzten mehrtägigen Sitzung. Der Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten hatte 2012 die TOSC-Studienkommission eingesetzt. Ihr gehörten Wissenschaftler, Kirchenleiter, Pastoren und Kirchenmitglieder ohne Amt aus allen Kontinenten an. Sie hatten sich mit der Theologie der Ordination zu befassen. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen sollten die adventistische Gemeindepraxis unter besonderer Berücksichtigung einer bisher noch nicht in der Kirche möglichen Ordination von Frauen zum Pastorendienst einbeziehen.

Laut Adventist News Network (ANN) wurde während der letzten Sitzung Anfang Juni eine unverbindliche Schlussabstimmung bezüglich der zukünftigen Handhabung der Ordinationsfrage durchgeführt, die als „Meinungsumfrage“ bezeichnet wurde. Sie sei in keinerlei Weise bindend, sondern drücke ausschließlich die persönliche Meinung der TOSC-Mitglieder zu dieser Frage aus. Von den ausgeteilten 96 Stimmzetteln seien 95 gültige und eine Enthaltung abgegeben worden.

Pastor Artur Stele, Vorsitzender der TOSC-Studienkommission und einer der neun Vizepräsidenten der adventistischen Weltkirchenleitung, gab das Ergebnis der Befragung bekannt. 40 TOSC-Mitglieder hätten unter dem Vorbehalt, dass die neue Regelung keiner Weltkirchenregion aufgezwungen werden dürfe, die Ordination von Frauen zum Pastorendienst bejaht. Die Formulierung, welcher die 40 Mitglieder zustimmten, lautete: „Jede Kirchenleitung, die befugt ist, Pastoren zu berufen, wird autorisiert, nur Männer als ordinierte Pastoren zu berufen, oder sowohl Männer als auch Frauen zum Pastorendienst zu ordinieren.“

32 Komitee-Mitglieder hätten der Formulierung zugestimmt, wonach „in der Weltkirche ausschließlich qualifizierte Männer für das Pastorenamt ordiniert werden sollen“. Damit habe sich diese Gruppe grundsätzlich gegen die Frauenordination ausgesprochen.

22 Kommissionsmitglieder hätten eine weitere Möglichkeit angekreuzt. Sie erachteten demnach die Frauenordination in der Kirche als möglich, obwohl sie davon überzeugt seien, dass Gottes „Modell“ das der männlichen Leiterschaft sei. Sie stimmten der Formulierung zu: „Christus ist das einzige Haupt der Kirche“. Es „gibt ein biblisches Modell männlicher Leiterschaft unter der Führung Christi im Amt des ordinierten Pastors... Wir empfehlen, dass die dafür autorisierte Kirchenleitung unter Berücksichtigung biblischer Prinzipien zur Entscheidung

berechtigt ist, ob eine solche Anpassung [Erlaubnis sowohl Männer als auch Frauen zu ordinieren], für ihren Bereich oder ihre Region angemessen ist.“

Diese Abschlussbefragung der TOSC-Mitglieder habe in zwei wesentlichen Punkten ganz klare Mehrheiten ergeben, schrieb Nicholas Miller, außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte an der adventistischen Andrews Universität, Michigan/USA, in einem Online-Kommentar im „Adventist Review“, der adventistischen Kirchenzeitschrift in Nordamerika. Über 65 Prozent der Befragten stimmten darin überein, so Miller, dass in gewissen Kirchenregionen ein Entgegenkommen und Varianten erlaubt sein müssten, damit Frauen als ordinierte Pastorinnen dienen könnten. Zweitens hätten beinahe 60 Prozent der Befragten angegeben, dass das göttliche Modell männlich ordinierter Leiterschaft weiterhin als Norm anerkannt werden solle. Miller hatte gemeinsam mit Dr. David Trim, Direktor für Archive und Statistik der Weltkirchenleitung, den TOSC-Kommissionsmitgliedern diese Variante vorgetragen, welche von 22 Mitgliedern bevorzugt worden war.

Nach der Befragung hielt Pastor Geoffrey Mbwana, stellvertretender TOSC-Vorsitzender und einer der neun Vizepräsidenten der Weltkirchenleitung fest, dass niemand vorschnell sagen solle: „Das ist eine klare Sache“. „Im Moment ist nur eines ganz klar“, so Mbwana: „das sind die großen Differenzen, die wir in der Frage der Ordination von Frauen zum Pastorendienst haben.“

Vom 16. bis 19. Juni sei der TOSC-Abschlussbericht in verschiedenen administrativen Gremien der Weltkirchenleitung diskutiert worden, teilte der Präsident der adventistischen Generalkonferenz, Pastor Ted Wilson, mit. Er werde nun das Thema auf die Tagesordnung der Jahressitzung des Exekutivausschusses der Weltkirchenleitung setzen, die vom 9. bis 14. Oktober in Silver Spring, Maryland/USA, stattfinden. Den mehr als 300 Mitgliedern des Exekutivausschusses würden das ganze TOSC-Studienmaterial sowie zusätzliche Unterlagen zur Verfügung gestellt, so Wilson. Der Exekutivausschuss entscheide, welche Empfehlung er in der Frage der Frauenordination der im Juli 2015 stattfindenden Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA, zur Beschlussfassung vorlegen werde.

(4.431 Zeichen)

Reorganisation im adventistischen Verlagswesen in den USA

Silver Spring, Maryland/USA, 24.06.2014/APD Die Mitgliederversammlungen der nordamerikanischen, adventistischen Verlage „Review and Herald Publishing Association“ und „Pacific Press Publishing Association“ haben am 17. Juni nacheinander mit Zweidrittelmehrheit für eine Reorganisation gestimmt, die von der Gemeindezeitschrift „Adventist Review“ (AR) als „historisch“ bezeichnet wurde. Mit der Reorganisation hofften die Kirchenleiter die digitale Präsenz und die langfristige Rentabilität der Verlagsarbeit zu sichern. „Pacific Press“ sei mit diesen Beschlüssen zu einer Institution der Nordamerikanischen Kirchenleitung (NAD) geworden und habe weiterhin eine eigene Druckerei. „Review and Herald“ wäre eine Institution der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) und gebe die Druckerei auf.

Die „Review and Herald Publishing Association“ wurde 1849 in Rocky Hill, Connecticut/USA, von James White (1821-1881), dem Mitbegründer der Siebenten-Tags-Adventisten, geschaffen. Das finanziell angeschlagene Verlagshaus werde laut AR die Druckerei in Hagerstown, Maryland, schließen und im Verwaltungsgebäude der Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland, Büros beziehen. Dort werde „Review and Herald“ weiterhin Bücher, Zeitschriften und Studienanleitungen zur Bibel herstellen, aber ohne diese selbst zu drucken, sagte Pastor Delbert Baker, einer der neun Vizepräsidenten der Weltkirchenleitung. Grundstück, Gebäude und Arbeitsmittel von „Review and Herald“ sollten verkauft werden. Der Erlös komme der „Pacific Press“ zugute, um deren Druckerei kostengünstig betreiben zu können sowie einen Mehrschichtbetrieb und die Entwicklung von e-books, Apps sowie andere Formen digitaler Medien zu ermöglichen. „Wir glauben, dass es eine große Zukunft für Medienprodukte gibt,

aber nicht unbedingt für Druckerzeugnisse“, sagte Robert Lemon, Finanzchef der adventistischen Weltkirchenleitung.

Etliche Mitarbeiter von „Review and Herald“ könnten möglicherweise von „Pacific Press“ übernommen werden, ebenso der Druck einiger Produkte, wie Zeitschriften sowie von 30 bis 40 Buchtiteln pro Jahr, die „Review and Herald“ bisher in der eigenen Druckerei produziert habe.

Verändertes Leseverhalten

Das Leseverhalten habe sich in den letzten Jahren auch innerhalb der Kirche massiv verändert, weg von Druckerzeugnissen hin zu Websites, Blogs, Facebook und Twitter. Ein durchschnittliches adventistisches Buch werde in den USA in einer Auflage von 4.000 bis 5.000 Exemplaren verkauft, so Lemon.

Zahlen sprechen klare Sprache

Laut „Adventist Review“ hätten die adventistischen Leiter der Welt- als auch der Nordamerikanischen Kirchenleitung befürchtet, dass beide Verlagshäuser ohne diese Reorganisierung in Konkurs gegangen wären. Die Einnahmen bei „Review and Herald“ seien von 45,8 Millionen US-Dollar im Jahr 1985 auf 21,8 Millionen Dollar im Jahr 2013 gesunken. In der gleichen Zeit hätten die Vollzeitstellen von 315 auf 112 reduziert werden müssen. Bei „Pacific Press“ seien die Einnahmen in dieser Periode von 46,7 Millionen auf 17 Millionen US-Dollar gesunken und die Zahl der Vollzeitstellen von 210 auf 99 zurückgegangen.

Hinzu käme, dass bei „Review and Herald“ seit 2000 fast jedes Jahr Verluste zu verzeichnen gewesen seien. „Pacific Press“ habe hingegen im gleichen Zeitraum fast jedes Jahr Gewinne gemacht und gegenwärtig ein Kapital sowie Vermögenswerte von 25 Millionen US-Dollar erreicht.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten unterhielt 2011 weltweit 62 Verlagshäuser, die 502 regelmäßig erscheinende Zeitschriften sowie Literatur in 370 Sprachen und Dialekten herausgaben. In Nordamerika leben über 1,2 Millionen erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten. (3.256 Zeichen)

Symposium zum Holocaust in Ungarn

Budapest/Ungarn, 24.06.2014/APD Am 6. Juni fand im Gemeindezentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Budapest ein Symposium unter dem Motto „Vom ungarischen Holocaust zum Dialog“ („A Magyar Holokausztól a Párbeszédig“) statt. Der Veranstaltungsort sei für die Tagung in der adventistischen Kirche gut gewählt worden, so Dr. Daniel Heinz, Leiter des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, das der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg angeschlossen ist. Das Symposium habe auf „historischem Boden“ stattgefunden, denn es sei der Pastor und Leiter der Freikirche in Ungarn, László Michnay, gewesen, der 1944/45 über 50 Juden in dem Tagungshaus versteckte und sie so vor dem sicheren Tod bewahrt habe. Eine Gedenktafel im Foyer des Kirchengebäudes erinnere heute an den mutigen Einsatz dieses außergewöhnlichen adventistischen Geistlichen.

Das Symposium wurde von verschiedenen Pfingstkirchen und der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Pecel bei Budapest in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Kultusministerium, das dafür finanzielle Mittel bereitstellte, und Yad Vashem durchgeführt. Yad Vashem, die zentrale Gedenk- und Forschungsstätte für die Opfer der Shoa in Jerusalem, war durch Dr. Susanna Kokkonen vertreten, welche die Organisation „Christliche Freunde Yad Vashems“ leitet und sich weltweit gegen Antisemitismus und für den christlich-jüdischen Dialog engagiert.

Kokkonen, aus Finnland stammend und selbst aktiv in der Pfingstkirche tätig, sprach in ihrem Eingangsreferat über die christlichen Wurzeln des Antisemitismus mit seinen verheerenden Folgen im Holocaust, der zwischen 1933 bis 1945 zur Ausrottung von sechs Millionen Juden im nationalsozialistischen Machtbereich führte. In Ungarn selbst erreichte die Verfolgung der Juden unter dem faschistischen Regime der „Pfeilkreuzler“ Ende 1944 ihren Höhepunkt. Antisemitistische Äußerungen seien bis heute in Ungarn Teil der tagespolitischen Szenerie. Auch vor diesem aktuellen Hintergrund sei das Symposium in Budapest wichtig gewesen.

Weitere Referate, etwa von Arto Hämäläinen, Illyés Szabolcs, József Szécsi, István Tatai, befassten sich mit vielfältigen theologischen und sozialen Aspekten im Umgang mit Juden, die vom Dialog bis hin zur Missionierung reichten.

Abgerundet wurden die Beiträge von Dr. Daniel Heinz, der über die Haltung der Freikirchen gegenüber den Juden im Dritten Reich referierte. Heinz zeigte auf, dass auch die Freikirchen, vor allem in Deutschland, am Holocaust mitschuldig gewesen seien. Falsch verstandener Gehorsam, irreführende nationale Begeisterung, Repressionsfurcht und Resignation hätten die Freikirchen gehindert, sich mit dem rassistisch verfolgten Nachbarn, ja sogar mit dem jüdenchristlichen Bruder in der Kirchengemeinde zu solidarisieren. Wenn sich Widerstand gegen Judenfeindschaft gezeigt habe, sei er meist „von unten“, von einzelnen Christen, die sich allein von ihrer Gewissensüberzeugung leiten ließen, gekommen.

Abschließend erinnerte Dr. Imre Tokics von der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Ungarn an den Judenretter Michnay und lud, seinem moralischen Beispiel folgend, ein, die komplizierte Beziehung zwischen Christen und Juden in der Gegenwart durch Vertrauen, Wertschätzung und Dialog auszubauen und zu vertiefen. Antisemitisches Gedankengut, so Tokics, dürfe weder in Ungarn noch anderswo Anhänger finden. Mit Mahnmalen allein sei es nicht getan. Vorbilder, Friedensstifter und Versöhner wären auch heute gefragt.

Laut Daniel Heinz habe die adventistische Freikirche im Jahr 2005 die „Erklärung der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Österreich zum 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945“ herausgegeben. Darin heiße es zum Holocaust: „Wir beklagen zutiefst, ... dass sich in manchen unserer oder von uns verbreiteten Veröffentlichungen Aussagen finden, die Adolf Hitler huldigten und der rassistischen Ideologie des Antisemitismus in einer Weise Ausdruck gaben, die aus heutiger Sicht unfassbar ist ... und dass auch viele Siebenten-Tags-Adventisten an der Not und dem Leid ihrer jüdischen Mitbürger keinen Anteil nahmen“, sowie „dass Mitbürger jüdischer Herkunft von uns ausgegrenzt und ausgeschlossen, sich selbst überlassen und so der Gefangenschaft, Vertreibung oder dem Tod ausgeliefert wurden.“ Es folge das Eingeständnis: „Wir bekennen aufrichtig, dass wir gegenüber dem jüdischen Volk ... durch unser Versagen schuldig geworden sind. Dafür bitten wir Gott und die noch lebenden Betroffenen demütig um Vergebung.“ Das Bekenntnis enthalte das Vorhaben: „Wir wollen nachdrücklich dafür eintreten, ... dass niemand aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität oder Geschlecht ausgegrenzt und benachteiligt wird“, und „dass die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät, sondern als bleibendes Mahnmal uns auch heute vor Augen steht.“ (4.264 Zeichen)

Adventisten unterstützen WHO-Forderung zur Tabaksteuererhöhung

Silver Spring, Maryland/USA, 24.06.2014/APD Zum Weltnichtrauchertag am 31. Mai unterstützte die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten die diesjährige Forderung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Tabaksteuer zu erhöhen. Das entspreche einer der sechs Präventionsforderungen der Kirche bezüglich Tabak, die sie bereits 1996 in der Stellungnahme „Rauchen und Ethik“ erhoben habe, teilte Adventist News Network (ANN) mit. Adventisten seien seit Langem für die Förderung eines gesunden Lebensstils bekannt und hätten sich

bereits zehn Jahre vor ihrer Kirchengründung im Jahr 1863 gegen den Tabakkonsum ausgesprochen.

„Eine Steuererhöhung, welche die Tabakpreise um zehn Prozent verteuert, verringert den Tabakkonsum um etwa vier Prozent in Ländern mit hohem Einkommen und um bis zu acht Prozent in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen“, teilt die WHO mit. „Tabakkonsum ist die einzige vermeidbare Todesursache weltweit und ist derzeit für zehn Prozent der Todesfälle Erwachsener weltweit verantwortlich“, so die WHO.

Tabaksteuer erhöhen – eine der kostengünstigsten Maßnahmen

Dr. Peter Landless (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor der Gesundheitsabteilung der adventistischen Weltkirchenleitung, unterstrich, dass die Erhöhung der Tabaksteuern eine der kostengünstigsten Maßnahmen sei, um den Tabakkonsum vor allem unter denjenigen zu reduzieren, die jung oder arm seien. „Wir respektieren die Handelsfreiheit der Unternehmen im Markt, gleichzeitig sollten wir aber auch die Freiheit der Bürger respektieren, Verordnungen zu erlassen, welche die einzige, leicht vermeidbare Todesursache eindämmt“, hob Landless hervor.

Weil Tabakkonzerne in entwickelten Gesellschaften mit strengen Antiraucherauflagen konfrontiert seien, wichen sie in Länder aus, in denen es wenig Restriktionen gebe, so ANN. Mit ihrem globalen Netzwerk von Kirchen, Schulen und Krankenhäusern würden die Adventisten zusammen mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA weltweit Tabakpräventionsprogramme anbieten. Die Kirche habe in den 1950er Jahren einen weltweit erfolgreichen Nichtraucherkurs gestartet. In Zusammenarbeit mit der „Internationalen Kommission zur Prävention von Alkohol- und Drogenabhängigkeit“ (ICPA) und der Loma Linda University, Kalifornien/USA, sei der Nichtraucherkurs überarbeitet worden und werde ab Juli angeboten.

Rauchen ist teuer

Laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg seien im 20. Jahrhundert über 100 Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums gestorben. Damit habe das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko längst epidemische Ausmaße angenommen.

In Deutschland würden rund 30 Prozent der Bevölkerung im Alter von über 18 Jahren rauchen. Die direkten Kosten des Rauchens aufgrund von tabakbedingten Krankheiten beliefen sich in der Bundesrepublik auf jährlich 8,66 Milliarden Euro. Hinzu kämen an indirekten Kosten durch Produktivitätsausfall aufgrund von Krankheit, Frühberentung und vorzeitigem Tod weitere 24,89 Milliarden Euro. In Deutschland würden jedes Jahr zwischen 110.000 und 140.000 Menschen an den Folgen des Rauchens sterben. Weitere Informationen:
<http://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/> (2.870 Zeichen)

Website mit 1,5 Millionen Seiten adventistischer Dokumente

Silver Spring, Maryland/USA, 24.06.2014/APD Die Abteilung für Archiv, Statistik und Forschung der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten ist beauftragt, alle von der Weltkirchenleitung und ihren Abteilungen erstellten Materialien aufzubewahren. Im Archiv gibt es nach eigenen Angaben über 6.700 laufende Meter Datenbände, die den gesamten Zeitraum der Geschichte der Siebenten-Tags-Adventisten seit der Kirchengründung im Jahr 1863 umfassen.

Demnach könne die Entwicklung der Kirche aufgrund dieser Akten, welche Dokumente, Protokolle, Empfehlungen, Berichte, Korrespondenzen, Publikationen, Aufnahmen, Filme, Video- sowie Audio-Kassetten und Fotos enthielten, verfolgt werden.

Die Website, welche das Online-Archiv enthalte, wolle nach Angaben der Weltkirchenleitung einige der am meisten gesuchten Archive in einem flexiblen und erweiterbaren Online-System erfassen und zur Verfügung stellen:

<http://documents.adventistarchives.org/default.aspx>

(921 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

ADRA hilft Betroffenen der Überschwemmungen auf dem Balkan

St. Albans/England, 24.06.2014/APD Die schweren Überschwemmungen in Serbien, Bosnien und im Osten von Kroatien haben mindestens 59 Tote gefordert. In Serbien wurden laut ReliefWeb 31.000 Personen evakuiert, in Bosnien und Herzegowina 950.000. Zehntausende seien im Überschwemmungsgebiet durch die Zerstörung ihrer Häuser obdachlos geworden.

Die drei Landesbüros der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Bosnien, Kroatien und Serbien wären unter den ersten Hilfsorganisationen gewesen, welche die Betroffenen mit Trinkwasser, Nahrung, Kleidung und Hygieneartikeln versorgt hätten, teilte „ted-News“, die Kommunikationsabteilung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord und Südosteuropa in St. Albans/England, mit. Zudem hätten die drei ADRA-Organisationen mit Freiwilligen den Bewohnern ihrer Länder geholfen, Häuser und Dörfer zu reinigen.

Die Normalisierung des Lebens der Menschen, die alles verloren haben, werde ein mühsamer und lange andauernder Prozess, betonte Ileana Radojevic, Direktorin von ADRA Kroatien. 30 Tonnen Trinkwasser, Essen und Kleidung seien in Serbien, 37 Tonnen in Bosnien und 40 Tonnen im Osten Kroatiens verteilt worden, so tedNews.

Serbien

ADRA Serbien habe in den ersten sieben Tagen nach der Erklärung des nationalen Notstands, in Abstimmung mit dem Serbischen Roten Kreuz, in einer Soforthilfeaktion 640 von Freiwilligen zusammengestellte Lebensmittelpakete an 2.400 Bedürftige in Obrenovac, Paracin, Šabac und Ub verteilt.

In der nächsten Hilfsphase werde ADRA Serbien, in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, den Behörden und örtlichen Nothilfekoordinatoren bei der Schmutzbeseitigung, der Reinigung von Straßen und Häusern sowie dem Desinfizieren und Trocknen der Häuser helfen sowie Haushaltsartikel verteilen. Da viele landwirtschaftliche Flächen und Gewerbebetriebe im überschwemmten Gebiet zerstört seien, würden den Betroffenen Darlehen zum Aufbau einer neuen Existenz zur Verfügung gestellt.

„Im Moment wollen sich alle gegenseitig helfen. Das wird jedoch nachlassen und dann werden sich die wirklichen Bedürfnisse der Betroffenen zeigen, wie psychologische Hilfe, Unterstützung beim Wiederaufbau von Häusern und Lebensgrundlagen sowie vor allem Abkehr von Resignation durch hoffen auf eine bessere Zukunft“, sagte Igor Mitrovic, Direktor von ADRA Serbien. „Wir werden unser Bestes tun, um für die Betroffenen während dieser Zeit da zu sein.“

Bosnien und Herzegowina

In Bosnien wurden laut ReliefWeb 39 Prozent der Bevölkerung vom Hochwasser betroffen. ADRA Bosnien habe mit 40 Freiwilligen 4.000 Nothilfepakete zusammengestellt und verteilt, so das Hilfswerk.

„Unser Fokus liegt auf der Stadt Doboj. Wir haben 250 Haustrocknungsmaschinen erhalten, mit denen wir die Häuser von armen Familien sowie einige wichtige öffentliche Gebäude trocknen“, teilte Bozidar Mihajlovic, ADRA-Direktor von Bosnien und Herzegowina, mit. Bei der Desinfektion der Stadt Doboj und der umliegenden Felder mit hochwirksamen Mikroorganismen würden dem Hilfswerk rund 100 Freiwillige aus Sarajevo und Banja Luka helfen. „Was wir erlebt haben, war eine Katastrophe“, meinte Mihajlovic, „aber es ist auch eine Chance für eine bessere Zukunft.“ (2.815 Zeichen)

ADRA Schweiz: 2,2 Millionen Franken für Projekte im Jahr 2013

Zürich/Schweiz, 24.06.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz mit Sitz in Zürich hat im Jahr 2013 für 33 Projekte 2,2 Millionen Franken (1,8 Millionen Euro) aufgewendet. Wie aus dem Geschäftsbericht 2013 weiter hervorgeht, setzten sich die Spender vor allem aus privaten (64 Prozent) und institutionellen Geldgebern (34 Prozent) zusammen. Zur Gesamtspendensumme trugen die Stiftung „Glückskette“ 17 Prozent, andere ADRA-Landesbüros sechs Prozent und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz acht Prozent bei.

ZEWO erteilt ADRA die Rezertifizierung bis 2017

84 Prozent der 2013 verwendeten Gelder seien direkte Projektaufwendungen, vierzehn Prozent administrative Kosten, und knapp zwei Prozent würden für das Marketing sowie die Ausgaben des Hilfswerks für die Jahressammlung eingesetzt, heißt es im Bericht. Die schweizerische „Zertifizierungsstelle für einen wirtschaftlichen und zweckbestimmten Umgang mit Spendengeldern“ (ZEWO) habe ADRA Schweiz 2013 rezertifiziert und das Gütesiegel bis 2017 erteilt. Das Hilfswerk sei seit 2002 Träger des ZEWO-Gütesiegels. ADRA Schweiz wäre zudem seit 2005 Partner-Hilfswerk der „Glückskette“ und in diesem Status bis 2017 akkreditiert.

Menschenwürde ist zentral

Wie Günther Maurer, Präsident von ADRA Schweiz, im Vorwort des Geschäftsberichtes 2013 schreibt, helfe ADRA allen Menschen, „unabhängig von deren politischen und religiösen Anschauungen, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrem Geschlecht“. Die Menschenwürde gehöre zu den unverzichtbaren christlichen Werten, welche das Handeln von ADRA bestimmen würden.

Freiwilligenwoche in der Schweiz

Laut Geschäftsbericht führte das Hilfswerk 2013 im 20. Jahr eine ADRA-Freiwilligenwoche in der Schweiz durch. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB schlage ADRA jährlich eine Bauernfamilie im Bergland vor, deren wirtschaftliche oder Wohnsituation mittels baulicher Maßnahmen während der Freiwilligenwoche erheblich verbessert werden könne.

Katastrophen- und Entwicklungshilfe im Ausland

Schwerpunkte des Einsatzes im Berichtsjahr 2013 bildeten fünf Projekte in Haiti, unter anderem wirtschaftliche Hilfe für 670 Fischer, Berufsausbildung für 300 Näherinnen und ein Schulprojekt, von dem 2.200 Kinder profitierten, sowie fünf Projekte in Afrika, meist im Bereich der Nothilfe und Ernährungssicherheit mit rund 25.500 Begünstigten. In Asien seien 15 Projekte durchgeführt worden oder dauerten noch an, darunter Hilfe für syrische Flüchtlinge in Jordanien, Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Mongolei oder erneuerbare Energie in Afghanistan und China, sowie Not- und Wiederaufbauhilfe auf den Philippinen. In Asien profitierten 245.000 Personen von den ADRA-Projekten.

ADRA

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA-International (Adventist Development and Relief Agency) ist die weltweite Hilfsorganisation der Freikirche der Sieben-

ten-Tags-Adventisten im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. ADRA unterhält ein Netzwerk mit rund 120 regionalen und nationalen Landesbüros. Die Hilfe wird unabhängig von politischer und religiöser Anschauung oder ethnischer Herkunft geleistet. ADRA Schweiz besteht seit 1987. (2.880 Zeichen)

Rundfunk/Fernsehen

„Lust auf lecker“

Vegane Kochserie beim „Hope Channel“ TV

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.06.2014/APD Veganes Essen liegt im Trend. In Zeiten von Massentierhaltung, Fleischskandalen und zunehmenden Lebensmittelallergien ernähren sich immer mehr Menschen bewusst gesund. Deshalb habe der Fernsehsender „Hope Channel“ die vegane Kochsendung „Lust auf lecker“ produziert, teilte Birgit Kiepe, Mitarbeiterin des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, mit. Die Sendungen seien für alle, die gerne lecker essen und kochen. Kochexpertin Birgit Kuderer und Moderator Jörg Varnholt bereiteten in jeder Sendung mehrere gesunde Gerichte frisch zu und stellten die Zutaten vor. „In dieser Sendereihe verbinden wir eine gesunde vegane Küche mit Spaß am Kochen“, so Varnholt.

Birgit Kuderer leite seit vielen Jahren Kochkurse und habe in jeder Sendung Ernährungstipps. Sie experimentiere gerne mit den unterschiedlichsten, teils exotischen Gewürzen und gebe ihr Wissen bei „Lust auf lecker“ weiter. Die Sendungen sollten laut Kiepe motivieren, die Rezepte selbst auszuprobieren und auf eine gesunde Ernährung mit frischen Zutaten umzusteigen.

Die neuen Kochsendungen werden alle 14 Tage am Donnerstag, 11 Uhr, auf dem „Hope Channel“ ausgestrahlt. Informationen zur Sendereihe und die Rezepte gibt es auf www.lust-auflecker.de. (1.207 Zeichen)

Gebetsgeschichten auf „Hope Channel“ TV

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 24.06.2014/APD In der neuen Sendereihe „In seiner Hand“ beim adventistischen Fernsehsender „Hope Channel“ erzählen Menschen von ihren Gebetserlebnissen mit Gott. Manche hätten erfahren, dass er schnell auf ihr Gebet geantwortet habe, so Birgit Kiepe, Mitarbeiterin des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, welches die Beiträge produziert. Manche warteten immer noch auf eine Antwort von Gott. Trotz der unterschiedlichen Erfahrungen hätten alle erlebt, dass Gott für sie da sei und wüssten, dass er sie höre. Sie seien der Überzeugung, Gott halte alles in seiner Hand.

Mit der neuen Sendereihe „In seiner Hand“ möchte der „Hope Channel“ laut Birgit Kiepe nicht nur Zuschauer zum persönlichen Gebet ermutigen, sondern auch die Möglichkeit geben, dass Menschen ihre persönlichen Erfahrungen mit Gott erzählen könnten.

„In seiner Hand“ ist ab Montag, dem 7. Juli um 20.45 Uhr auf dem „Hope Channel“ zu sehen.

Der Fernsehsender „Hope Channel Deutsch“ gehört zum Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ mit Sitz in Alsbach-Hähnlein. Träger ist die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. (1.033 Zeichen)